

Kreisblatt

Schlagzeile!

Titelzeile 02.02. 2013

# Bund fordert Umgehungsstraße

Der Konflikt um eine Umgehungsstraße für Delmenhorst durch Ganderkesee spitzt sich zu: Das Land will sie nicht, doch der Bund pocht auf den Fortgang der Planungen. Die Bürgerinitiative sieht den Grund des Übels in der neuen B 212. VON M. KORN UND K. BUTSCHBACH

**DELMENHORST-GANDERKESEE.** In der Kontroverse um die neue Bundesstraße B 212 und eine Umgehungsstraße für Delmenhorst auf Ganderkeseer Gebiet gibt es neuen Zündstoff: Das niedersächsische Wirtschaftsministerium hat jetzt mitgeteilt, dass die Planungen für die umstrittene Umgehungsstraße auf Weisung des Bundes weiter vorangetrieben werden müssen, obwohl das Land dieses Straßenbauvorhaben nicht beim Bund für den nächsten Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldet hat.

Die Interessengemeinschaft B 212-freies Deich- und Sandhausen hatte das Ministerium zur Stellung-

nahme aufgefordert. In dem Schreiben heißt es laut IG-Sprecher Martin Clausen: „Mit dem Linienbestimmungserlass hatte das Bundesverkehrsministerium nicht nur die Linienführung für die B 212 neu festgelegt, sondern auch eine Reihe von Maßgaben. Dazu gehört, dass eine Ortsumgehung Delmenhorst für den neuen Bundesverkehrswegeplan angemeldet werden und das Land ein Raumordnungsverfahren durchführen soll. Der Bund sieht dies als erforderlich an, um die Verkehrsprobleme zu lösen, die sich aus der Anbindung der B 212 neu an das nachgeordnete Straßennetz ergeben. Das Land hat die

Bundesfernstraßenplanungen im Rahmen der grundgesetzlich festgelegten Auftragsverwaltung durchzuführen. Weisungen des Bundes sind umzusetzen.“

Ganderkesee und der Landkreis Oldenburg hatten sich gegen die Meldung der Ortsumgehung zum Verkehrswegeplan ausgesprochen. Das Land nahm die Straße dann auch nicht mehr in die Liste auf. Nach Ansicht der IG war es kurz vor der Landtagswahl insbesondere für Ganderkesee noch „beruhigend“, dass Niedersachsen die Umgehung nicht weiterverfolgt. Doch habe das Ministerium bereits damals gewusst, dass den Weisungen des Bundes Folge zu leisten sei. Clausen: „Warum die Öffentlichkeit darüber im Unklaren gelassen wurde, öffnet nun Raum für Fragen und Spekulationen. Wer wie zuletzt auch Ganderkesee

die bisherigen Planungen zur B 212 n ‚Südvariante‘ unterstützt, wird eine Ortsumfahrung hinnehmen müssen!“

Der Ganderkeseer Fachbereichsleiter Peter Meyer sieht dies als „Spekulation“ an; es gebe keinen zwingenden Zusammenhang. Der Gemeinde sei bewusst, dass der Bund das Land angewiesen habe, die Planung voranzutreiben, so dass die Stellungnahme aus dem Ministerium „nichts grundlegend Neues“ enthalte. Man sei aber insgesamt „besorgt über die Abläufe, denn eine Umfahrung über Ganderkeseer Gebiet wollen wir nicht.“ Die alte Landesregierung habe sich gegen die Umfahrung entschieden. „Wir sind gespannt, wie sich die neue Landesregierung verhält.“ Die Gemeinde habe eine Anfrage gestellt, wie die Linienbestimmung für die Südvariante aussieht.